

# Stabilität in unruhigen Zeiten

Mai 2018

*Der Aufschwung in Deutschland steht auf einem stabilen Fundament. Dennoch hat sich die wirtschaftliche Dynamik in den ersten drei Monaten dieses Jahres deutlich abgeschwächt: die gesamtwirtschaftliche Leistung lag 0,3 % über dem Niveau des Vorquartals. Dabei sind die Prognoserisiken gestiegen: Die gravierendsten Risikofaktoren sind eine mögliche Zuspitzung der Handelskonflikte mit den USA sowie die geopolitischen Risiken im Nahen und Mittleren Osten.*

*Der Blick in Richtung Amerika ist nicht nur aufgrund der protektionistischen Handelspolitik wichtig, sondern auch wegen des starken US-Bankenmarktes. Politische Entscheidungen der US-Administration, des Kongresses und der Aufsicht haben entscheidend dazu beigetragen, die Ertragskraft der US-Institute und damit den amerikanischen Bankenmarkt zu stärken. Die Entwicklung der Bankenmärkte wird auch durch die Diskussion über eine nachhaltige Ausgestaltung des Finanzsystems beeinflusst. Dazu veröffentlichte die EU-Kommission jüngst ihren Aktionsplan „Financing Sustainable Growth“ sowie erste Regulierungsvorschläge.*

*Der politischen, regulatorischen und konjunkturellen Herausforderungen ungeachtet ist auch im 1. Quartal 2018 die Finanzierungssituation der Unternehmen äußerst günstig.*

### Konjunktur

#### **Holpriger Jahresstart**

Nach einem fulminanten Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr hat sich die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland im 1. Quartal 2018 deutlich abgeschwächt. [>> Seite 2](#)

### Regulierung

#### **Schaut nach Amerika**

An der Politik des US-Präsidenten mag vieles irritierend sein. Allerdings hat sie entscheidend dazu beigetragen, die Ertragskraft der US-Institute und den amerikanischen Bankenmarkt zu stärken. [>> Seite 4](#)

### Nachhaltigkeit

#### **Sustainable Finance**

Mit der Veröffentlichung des Aktionsplans „Financing Sustainable Growth“ der Europäischen Kommission hat die Diskussion über eine nachhaltige Ausgestaltung des Finanzsystems an Fahrt aufgenommen. [>> Seite 6](#)



### Bundesbank

#### **Kreditnachfrage im 1. Quartal 2018**

Laut der aktuellen Kreditnehmerstatistik der Bundesbank stieg das Gesamtvolumen der Kredite an Unternehmen im 1. Quartal 2018 erneut an. [>> Seite 8](#)

#### **Finanzierungsbedingungen im 1. Quartal 2018**

Die Kreditvergabebedingungen für Unternehmen sind weiterhin sehr günstig. [>> Seite 9](#)

Die Eigenkapital-Quote deutscher Unternehmen liegt auf sehr hohem Niveau. [>> Seite 10](#)

## Holpriger Jahresstart

Nach einem fulminanten Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr hat sich die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland in den ersten drei Monaten dieses Jahres deutlich abgeschwächt. Preis-, saison- und kalenderbereinigt lag die gesamtwirtschaftliche Leistung 0,3 % über dem Niveau des Vorquartals. Gegenüber dem vergangenen Jahr, in dem durchschnittlich ein Quartalswachstum von 0,7 % erzielt wurde, ist dies eine deutliche Verlangsamung.

Zum Wirtschaftswachstum trugen in den ersten drei Monaten dieses Jahres vor allem die Bautätigkeit (+2,1 % ggü. Vorquartal) und die Ausrüstungsinvestitionen (+1,2 % ggü. Vorquartal) bei. Auch der private Konsum – die mit Abstand größte Nachfragekomponente – expandierte recht ordentlich (+0,4 % ggü. Vorquartal). Der Staatskonsum ist im Vergleich zum Jahresendquartal 2017 hingegen gesunken (-0,5 %) – erstmals seit dem zweiten Quartal 2013. Hier dürfte sich unter anderem die vorläufige Haushaltsführung des Bundes ausgewirkt haben, die während der sich lange hinziehenden Regierungsbildung die öffentlichen Ausgaben gebremst hat.

Zudem hat die außenwirtschaftliche Dynamik deutlich an Kraft verloren: Sowohl die Exporte (-1,0 %) als auch die Importe (-1,1 %) waren im Vergleich zum Vorquartal rückläufig. Dieser Befund deckt sich mit den schwächeren Daten zum globalen Handel sowie dem nachlassenden Wirtschaftswachstum in anderen wichtigen Industrie- und Schwellenländern zum Jahresbeginn 2018.

Trotz des unerwartet schwachen Jahresstarts gibt es keinen Grund, nun das Ende des konjunkturellen Aufschwungs in Deutschland auszurufen. Mit Blick auf die weiterhin hohe Kapazitätsauslastung – die für eine Fortsetzung der Investitionsbelebung spricht –, die gut gefüllten Auftragsbücher und den sich fortsetzenden Beschäftigungsaufbau steht der Aufschwung in Deutschland auf einem stabilen Fundament. Hinzu kommen recht ordentliche Lohnabschlüsse, die bei einer weiterhin moderaten Inflationsrate, den privaten Konsum stützen werden.

Bedenkt man darüber hinaus einige Sonderfaktoren, die die gesamtwirtschaftliche Leistung in den ersten drei Monaten etwas gedrückt haben – wie zum Beispiel das in diesem Jahr sehr frühe Osterfest oder die starke Grippewelle – dann dürfte das Wirtschaftswachstum im zweiten Vierteljahr sogar wieder etwas höher ausfallen. Gemessen an den etwas niedrigeren Stimungsindikatoren ist eine Rückkehr zu der außerordentlich starken Dynamik des vergangenen Jahres allerdings nicht zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund muss auch die Wachstumsprognose für das gesamte Jahr 2018 etwas gestutzt werden. Die noch zum Jahresbeginn prognostizierte Zuwachsrate von 2,2 bis 2,4 % erscheint aus heutiger Sicht nicht mehr sehr plausibel. Unterstellt man für die restlichen drei Quartale dieses Jahres ein Wirtschaftswachstum von jeweils 0,4-0,5 %, dann würde das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2018 um glatt 2 % zulegen.

Dies wäre weiterhin eine Wachstumsrate, die über der Potenzialrate von derzeit etwa 1,6 % liegen würde. Der Aufschwung in Deutschland würde sich dann auch im fünften Jahr in Folge fortsetzen.

Bei diesem weiterhin freundlichen Ausblick soll allerdings nicht verhehlt werden, dass die Prognoserisiken, trotz der leichten Abwärtsrevision der Prognose, gestiegen sind. Die gravierendsten Risikofaktoren sind eine mögliche Zuspitzung der Handelskonflikte mit den USA sowie die geopolitischen Risiken im Nahen und Mittleren Osten.

Ein nennenswerter Unsicherheitsfaktor ist zudem die wirtschaftspolitische Entwicklung in Italien, insbesondere nach möglichen Neuwahlen im Spätsommer oder Herbst dieses Jahres. Die Sorgen vor einem massiven Konfrontationskurs mit der EU nach den Neuwahlen könnte die wirtschaftliche Zuversicht im gesamten Euroraum dämpfen. Störfeuer für die Weltkonjunktur könnte ferner von einem weiteren Kapitalabzug aus mehreren Schwellen- und Entwicklungsländern sowie von den zuletzt kräftig gestiegenen Rohölpreisen ausgehen.

## Schaut nach Amerika: Bedarfsgerechte Regulierung

*Gastbeitrag in der WirtschaftsWoche am 11. Mai 2018 (leicht geänderte Fassung).*

Ob wir wollen oder nicht – wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Finanzwirtschaft geht, müssen wir in diesen Tagen nach Amerika schauen. Was wir dort sehen, ist zwar häufig irritierend. „America first“ als Leitmotiv für eine protektionistische Handelspolitik etwa wird auf Dauer allen schaden – auch der US-Wirtschaft. Zudem ist die Sprunghaftigkeit der derzeitigen US-amerikanischen Politik nicht unbedingt ein Empfehlungsschreiben für den Investitionsstandort.

Doch anders wird das Bild, wenn es um die Bankenbranche geht: Politische Entscheidungen der US-Administration, des Kongresses und der Aufsicht haben entscheidend dazu beigetragen, die Ertragskraft der US-Institute und damit den amerikanischen Bankenmarkt zu stärken. Dies hat Rückwirkungen auf die Banken in Europa: Der Wettbewerb mit den amerikanischen Konkurrenten wird schärfer. Die europäischen Institute drohen weiter zurück-zufallen und Geschäftsanteile zu verlieren.

Es sind vor allem drei Wettbewerbsfaktoren, die gegenwärtig für die amerikanischen Banken sprechen. Erstens: der unterschiedliche geldpolitische Zyklus, in dem sich Europa und die USA befinden. Zweitens: die Ende letzten Jahres vom US-Kongress beschlossene Steuerreform. Und drittens: die regulativen Erleichterungen, die die amerikanischen Banken von einigem unnötigen Ballast befreien.

Stichwort Geldpolitik: Die EZB hat ihren geldpolitischen Expansionskurs noch immer nicht verlassen. Die Folgen sind dramatisch: Nicht nur bleiben die Zinsmargen, mit

denen die amerikanischen Banken heute operieren können, bis auf weiteres ein unerfüllbarer Traum für die europäischen Institute. Mindestens genauso schwerwiegend ist, dass die EZB noch immer mit einem negativen Einlagenzins operiert, der auf die Institute im Euroraum wie eine Sondersteuer wirkt und sie jährlich rund 7,5 Milliarden Euro kostet. Mehr noch: Dadurch, dass die US-Geschäftsbanken jederzeit überschüssige Liquidität zu einem attraktiven Zins bei der Fed parken können, beläuft sich ihr zinspolitischer Vorteil auf 30 Milliarden Euro im Jahr.

Stichwort Steuerpolitik: Die Gewinne der US-Banken mögen im letzten Jahr durch Einmaleffekte der Steuerreform gesunken sein. Doch schon im ersten Quartal 2018 ist deutlich geworden: Die Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf 21 % wird die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Institute noch einmal massiv verbessern. Mit einer steuerpolitischen Antwort aus Deutschland, so scheint es, können wir erst einmal nicht rechnen.

Stichwort Regulierungs-Check: Die amerikanische Administration hat erkannt, dass ein profitabler Finanzsektor unerlässlich für einen dynamischen Wirtschaftsraum ist. Sie hat deshalb damit begonnen, die Bankenregulierung auf den Prüfstand zu stellen und dort, wo Aufwand und Ertrag in keinem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen, die regulativen Lasten etwas zurückzunehmen. Dabei denkt sie keineswegs daran, die in den letzten zehn Jahren errichtete Finanzmarktarchitektur vom Kopf auf die Füße zu stellen. Der Treasury Report vom Juni letzten Jahres hat vielmehr den Weg

geeignet für einen klug durchdachten und ausgewogenen Mix an Maßnahmen, der auf sinnvolle Erleichterungen für Kunden und Institute abzielt und gerade den kleinen und mittelgroßen Banken Entlastungen in Aussicht stellt. Beispiel: Die Grenze für die strengere Aufsicht durch die Fed soll von 50 Milliarden Dollar Bilanzsumme auf 250 Milliarden angehoben werden.

Was bedeutet dies nun für Europa und für Deutschland? Nicht alles, was die amerikanischen Regelschreiber vormachen, muss Anschauungsunterricht für die deutsche Politik sein. Doch gar nichts zu tun, ist auch keine Option. Eines in jedem Fall kann und sollte sich die deutsche von der US-Regierung abschauen: die Banken als Unternehmen wahrzunehmen, die Wachstum und Exporte finanzieren und deshalb für eine offene Volkswirtschaft wie die deutsche von unverzichtbarem Wert sind.

Im Koalitionsvertrag hat sich die neue Bundesregierung darauf verständigt, für attraktive Rahmenbedingungen am Finanzplatz Deutschland einzutreten und die Wechselwirkungen der nach der Finanzmarktkrise beschlossenen Regulierungsmaßnahmen zu untersuchen. Mit substantiellem Inhalt kann dieses Bekenntnis aber nur erfüllt werden, wenn die Bundesregierung die Finanzmarktpolitik als Teil ihrer Standortpolitik begreift. Anders gesagt: Unter der Prämisse, dass an der Stabilität des Sektors nicht gerüttelt werden darf, muss die Politik vorurteilslos prüfen, wie sie die Wettbewerbsbedingungen für die

deutschen Institute verbessern kann. Gerade weil sie auf steuerpolitische Ambitionen leider weitgehend verzichtet und an der Geldpolitik der EZB naturgemäß nichts ändern kann, sollte sie auf regulativem Felde für Entlastung sorgen.

Noch in einer anderen Hinsicht haben die US-Banken übrigens einen Vorteil: Sie haben den größeren Heimatmarkt. Das muss allerdings nicht so bleiben. Die EU steht nun vor der Herausforderung, auf einen echten europäischen Finanzbinnenmarkt zuzusteuern. Bislang werden sowohl die Kapitalmarkt- als auch die Bankenunion noch zu defensiv und zu einseitig auf den Sicherheitsaspekt zugeschnitten gedacht. Zahlreiche unsichtbare Regelungen stehen einem wirklich grenzenlosen Verkehr von Finanzdienstleistungen innerhalb der EU bislang entgegen. Auch hier könnte die Bundesregierung ihr Gewicht in die Waagschale werfen, um den europäischen und damit auch den deutschen Bankenmarkt zu stärken.

Die amerikanische Politik erinnert uns daran, dass wir nicht in unserem eigenen Saft schmoren dürfen, sondern den Bankenmarkt als globalen Markt wahrnehmen müssen. Entscheidungen in den USA haben Folgen auch für die Branche hierzulande. Klar: Die Institute sind in erster Linie selbst dafür verantwortlich, ihre Wettbewerbskraft zu steigern. Aber von gleichen Wettbewerbsbedingungen mit den USA kann gegenwärtig keine Rede sein.

## Sustainable Finance: Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft gewinnt weiter an Bedeutung

Wenn früher die Rede von Nachhaltigkeit im Bankensektor war, dann ging der Blick meist in Richtung Betriebsökologie und Corporate Social Responsibility. Mit dem Begriff „Sustainable Finance“ – also nachhaltiges Finanzwesen – hat sich nun ein breiterer Ansatz in der öffentlichen Debatte etabliert. Darunter ist insbesondere die Verankerung von ökologischen und sozialen Belangen in den Kernbereichen der Finanzwirtschaft zu verstehen.

Eine Vielzahl von Aktivitäten auf globaler und europäischer Ebene hat in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, diesen Begriff fassbarer zu machen, indem erste Eckpunkte für eine Sustainable Finance-Agenda herausgearbeitet und mögliche Arbeitsschwerpunkte definiert wurden. Als wichtigster Katalysator dieser Entwicklung ist hier die Pariser Klimaschutzkonferenz im Dezember 2015 zu nennen, in deren Rahmen das 2-Grad-Ziel bei der Begrenzung der Erderwärmung beschlossen wurde. Genauso hat die im September 2015 in New York gestartete UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit den 17 Sustainable Development Goals das Verständnis für eine an Nachhaltigkeitsgesichtspunkten orientierte Wirtschaft weltweit geschärft.

Im Umfeld dieser beiden Initiativen sind zahlreiche neue Entwicklungen angestoßen worden. So gründeten zum Beispiel die G20-Staaten Anfang 2016 eine Green Finance-Study Group, die sich mit dem Umgang von Umweltaspekten in der Finanzwirtschaft auseinandersetzt. Dieses mittlerweile in Sustainable Finance-Study Group umbenannte Gremium legte im

September 2016 einen umfassenden Bericht mit ersten Vorschlägen zum Umgang mit dem Thema „Green Finance“ – einen wichtigen Sustainable Finance-Teilaspekt – vor.

Entscheidende Impulse kamen auch von der beim Financial Stability Board angesiedelten Task Force on Climate-related Financial Disclosures (TCFD), die von Michael Bloomberg anlässlich der Pariser Klimaschutzkonferenz Ende Dezember 2015 ins Leben gerufen wurde und die sich intensiv mit der Entwicklung von freiwilligen und einheitlichen Angaben zu klimabezogenen Finanzrisiken befasst hat. Die TCFD hat ihre Empfehlungen im Sommer 2017 der Öffentlichkeit präsentiert.

Eine weitere Beschleunigung und Vertiefung der Debatte setzte durch die Gründung der High-Level Expert Group on Sustainable Finance (HLEG) seitens der Europäischen Kommission Ende 2016 ein. Diese Gruppe hat ihren Abschlussbericht Ende Januar 2018 vorgelegt. Die vorrangigen Empfehlungen beinhalten unter anderem die Einführung eines Sustainable Finance-Klassifikationsrahmens, die Überarbeitung von Veröffentlichungspflichten, transparentere Informationsmöglichkeiten für Kleinanleger, die Entwicklung offizieller europäischer Nachhaltigkeitsstandards (z. B. für Green Bonds) und die stärkere Verankerung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Governance der Finanzinstitute sowie der Finanzaufsicht.

An diese Vorarbeiten der HLEG anknüpfend legte die Europäische Kommission den EU-Aktionsplan „Financing Sustainable Growth“

am 8. März 2018 in Brüssel vor. Der Aktionsplan zielt darauf ab, die Kapitalströme auf nachhaltige Investitionen auszurichten, um damit ein nachhaltiges und integratives Wachstum zu erreichen. Darüber hinaus sollen die finanziellen Risiken bewältigt werden können, die sich aus dem Klimawandel, der Erschöpfung von Ressourcen und der Umweltzerstörung sowie sozialen Problemen ergeben. Außerdem sollen die Aspekte der Transparenz und der Langfristigkeit bei Finanz- und Wirtschaftsaktivitäten unterstützt werden.

Die Europäische Kommission hat die Details des Aktionsplans am 22. März 2018 im Rahmen einer hochrangig besetzten Konferenz vorgestellt und ausführlicher erläutert. Der Schwerpunkt soll in den nächsten Monaten auf der Ausarbeitung eines Sustainable Finance-Klassifikationsrahmens liegen, der als Grundlage für die Entwicklung von weiteren Standards dienen kann. Außerdem ist geplant, Untersuchungen zu starten, inwieweit auch Eigenkapitalvorschriften mit Blick auf die Sustainable Finance-Investments (wie z. B. Einführung eines Green Supporting Factors) rekali­briert werden können. Die Europäische Kommission betont allerdings dabei, dass die Glaubwürdigkeit und die Wirksamkeit des derzeitigen EU-Aufsichtsrahmens und seiner risikobasierten Ansatzes nicht gefährdet werden dürfen. Der hohe Stellenwert dieser Konferenz wurde nicht zuletzt durch die Anwesenheit des französischen Präsidenten Emmanuel Macron unterstrichen, der in seiner Rede noch einmal die wichtige Rolle hervorhob, die der Finanzwirtschaft bei der Umsetzung der Klimaschutzziele in den nächsten Jahren zukommt.

Die Europäische Kommission hat am 24. Mai 2018 erste konkrete Regulierungsvorschläge präsentiert. Diese betreffen unter anderem den zukünftigen rechtlichen Rahmen einer Sustainability-Klassifikation sowie Pflichten in der Anlageberatung. Neben der Europäischen Kommission beschäftigt sich auch das Europäische Parlament mit Sustainable Finance. Der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Parlaments hat einen Initiativbericht hierzu vorgelegt, der Ende Mai 2018 im Plenum diskutiert wird.

### **Position des Bankenverbandes**

Der Bankenverband begrüßt die Entwicklung. Um das Verständnis für den neuartigen Sustainable Finance-Ansatz auszubauen, sind konkrete Wegmarken und klare Definitionen unerlässlich. Es ist daher richtig, dass die Europäische Kommission diese beiden Aspekte ganz oben auf ihrer Sustainable Finance-Agenda berücksichtigt.

Wichtige Grundsätze der Finanzmarktstabilität gelten aber auch für Sustainable Finance. Die möglichen Risiken nachhaltiger Finanzierungen dürfen nicht übersehen werden. Deshalb sind zwingend empirische Analysen erforderlich, bevor zum Beispiel ein „Green Supporting Factor“ bei den Eigenkapitalvorschriften überhaupt in Erwägung gezogen werden kann.

Gleichzeitig gilt es aber auch, die bestehende Marktdynamik im Bereich Sustainable Finance verantwortungsvoll abzusichern. Es kommt dabei vor allem auf die richtige Reihenfolge bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen und die Einbindung aller relevanten Stakeholder an. Das noch recht zarte Pflänzchen Sustainable Finance darf im Übereifer nicht gleich wieder unnötig zurechtgestutzt werden.

## Kreditnachfrage im 1. Quartal 2018

Das Kreditneugeschäft mit inländischen Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen (ohne Wohnungsbau und ohne Finanzierungsinstitutionen) hat sich im 1. Quartal 2018 erneut belebt. Das von Banken insgesamt ausgereichte Kreditvolumen lag 4,1 % über dem Vorjahreswert.

Bei den Kreditbanken war der Anstieg mit 5,5 % gegenüber dem Vorjahr am deutlichsten, erneut insbesondere beeinflusst durch den sehr deutlichen Anstieg bei den

Zweigstellen ausländischer Banken (+14,3 %) und Auslandsbanken (+13,5 %).

Als erklärenden Faktor für die erneut gestiegene Kreditnachfrage ist zum einen die weiterhin hohe Kapazitätsauslastung der Unternehmen anzuführen, welche zu kreditfinanzierten Sach-Investitionen führt. Getragen wurde der fortgesetzte Anstieg der Unternehmenskredite außerdem durch die weiterhin äußerst günstige Finanzierungssituation (siehe S. 9 f.).

<b>Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige (ohne Wohnungsbau und ohne Finanzierungsinstitutionen)</b>				
<b>Jahr</b>	<b>Insgesamt*</b>	<b>Kreditbanken</b>	<b>Sparkassen und Landesbanken</b>	<b>Genossenschafts- sektor</b>
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende in Mrd. €</b>				
2013	856,96	219,27	376,43	167,74
2014 **	838,52	224,82	364,29	171,74
2015	844,40	230,68	368,13	173,83
2016	853,14	235,74	369,52	165,95***
2017	883,55	247,01	377,59	175,44***
1. Q. 2018	905,57	264,10	384,68	178,71***
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)</b>				
2013	-1,5	-1,5	-2,0	+3,1
2014	+0,3	+3,2	-1,4	+3,7
2015	+0,9	+2,7	+/- 0,0	+4,1
2016	+1,3	+2,0	+0,3	+3,6***
2017	+3,5	+4,7	+2,1	+5,9***
1. Q. 2018	+4,1	+5,5	+3,0	+5,7***

Die Quartals- und Jahreszahlen spiegeln jeweils den letzten Tag des Berichtszeitraums wider (letzter Tag des Quartals bzw. des Jahres).

\* Zum Berichtskreis gehören zusätzlich: Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben.

\*\* Bei den Bestandszahlen für das Kreditvolumen gab es im Dezember 2014 einen (statistischen) Sondereffekt, da die Bundesbank aufgrund der Umstellung der Meldeanforderungen der EZB (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ESGV 2010) Umklassifizierungen beispielsweise bei Holding-Gesellschaften vornehmen musste. Die Differenz der Bestände spiegelt daher nicht die durch Transaktionen entstandenen Veränderungen wider. Diese sind in den (bereinigten) Veränderungszahlen dargestellt.

\*\*\* Statistischer Bruch aufgrund Fusion von DZ und WGZ Bank im Juli 2016. Bundesbank weist Position nicht mehr aus. Bestände der DZ-Bank gehen in Sammelposition „Banken mit Sonder-, Förder- und zentralen Unterstützungsaufgaben“ auf.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Mai 2018.



## Finanzierungsbedingungen im 1. Quartal 2018

Auch zum Start des Jahres 2018 wurde die deutliche Belebung des Kreditneugeschäfts in Deutschland gestützt durch die anhaltend günstige Finanzierungssituation für Unternehmen.

Dies betrifft zum einen die Kreditvergabe-standards. Wie die Ergebnisse der im 1. Quartal 2018 von der Europäischen Zentralbank im Rahmen des Bank Lending Survey durchgeführten Befragung von 149 Banken im Euro-Raum zeigen, haben die Banken in **Deutschland** ihre **Kreditver-**

**gabebedingungen für Unternehmen** per Saldo erneut geringfügig erleichtert (-3 % im 1. Quartal 2018, -3 % im 4. Quartal 2017).

Im gesamten **Euro-Raum** gaben die befragten Banken hingegen an, ihre Kreditvergabebedingungen für Unternehmen im 1. Quartal 2018 erheblich erleichtert zu haben (-8 % im 1. Quartal 2018, 0 % im 4. Quartal 2017). Als Gründe hierfür nannten die Banken insbesondere Wettbewerbsdruck und Risikowahrnehmung.



Die Innenfinanzierung und damit die Eigenkapitalbindung gewinnt weiter an Bedeutung für den deutschen Mittelstand. Die Bundesbank hat hierzu im 1. Quartal 2018 neue Zahlen veröffentlicht. Die **Eigenkapitalquote deutscher Unternehmen** legte mit 0,2 %-Punkten erneut leicht zu und lag in 2016 mit 29,9 % auf einem stabilen hohen Niveau. Neben dem klassischen Bankkredit ist die Innenfinanzierung der wichtigste Finanzierungs-

baustein mittelständischer Unternehmen. Seit 2000 haben deutsche Unternehmen ihre durchschnittliche Eigenkapitalausstattung um über 10 %-Punkte gesteigert, nicht zuletzt als Reaktion auf höhere Anforderungen bei der Kreditvergabe durch Banken. Denn: ausreichendes Eigenkapital ist die wichtigste Voraussetzung, Investitionen zu finanzieren und somit Wachstum zu ermöglichen.

